

Schwachwindstandort Bayern – hier offenbaren sich die teuren Folgen der Energiewende



Von [Daniel Wetzel](#) Wirtschaftsredakteur
Stand: 08:52 Uhr Lesedauer: 9 Minuten



Stadtansicht von Altötting – bald mit Windrädern im Hintergrund? Quelle: Wolfgang Weinhäupl/picture alliance / Westend61

Jetzt schießen auch in Bayern Windparks aus dem Boden. Doch der Grünstrom aus den Schwachwind-Gebieten des Freistaats ist preislich nicht wettbewerbsfähig. Der deutsche Steuerzahler muss ran.

Anzeige

Für Papst Benedikt XVI. war dies „das Herz Bayerns“: Der Landkreis Altötting, seit mehr als 750 Jahren geistliches Zentrum in Oberbayern, ist Deutschlands berühmtester Marienwallfahrtsort und das katholische Kernland des Freistaats. Jetzt sollen ausgerechnet im Altöttinger Forst, also praktisch genau zwischen der Gnadenkapelle der Schwarzen Madonna und dem Geburtshaus des deutschen Papstes in Marktl am Inn, [27 Windkraftanlagen mit rund 200 Metern Nabenhöhe](#) gebaut werden.

Der zuständige Landrat glaubt, dass es auch 40 Windräder werden könnten. Es soll der größte Windpark in Süddeutschland werden. Doch Segen liegt nicht auf dem Projekt. Neben den örtlichen Protesten könnte der Windpark Altötting als Prototyp einer besonders teuren Form der Stromerzeugung den Unmut der Steuerzahler in ganz Deutschland auf sich ziehen.

Bayern hatte sich viele Jahre gegen Windkraftanlagen gesperrt. Die Rotortürme sollten die schöne, für den Tourismus attraktive Landschaft nicht verspargeln, man setzte auf „Heimatstrom“, und das war die Photovoltaik. Der frühere Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU) ersann deshalb die [berühmte 10-H-Regelung](#): Windräder mussten einen Abstand zur Wohnbebauung einhalten, der dem Zehnfachen ihrer Höhe entsprach.

Unmögliche Abstandsregel

In der Folge fanden die Drehflügler fast nirgendwo mehr Platz im größten deutschen Flächenland: Ende 2024 standen nur 1152 Windräder in Bayern, gerade einmal vier Prozent des deutschen Gesamtbestandes. Im kleineren und viel dichter besiedelten Nordrhein-Westfalen ist die Windenergieleistung beispielsweise sechsmal so hoch wie in Bayern, im Verhältnis zur Landesfläche.

Anzeige

Doch jetzt hat sich politisch der Wind gedreht. Im ersten Halbjahr 2025 katapultierte sich Bayern auf Platz 3 der ambitioniertesten Ausbauländer für Windkraft, hinter Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen: Innerhalb eines halben Jahres wurden Rotortürme mit 600 Megawatt Leistung genehmigt – ein Plus von 564 Prozent im Vergleich zum Vorjahr.

Rekordverdächtig ist auch das Arbeitstempo bayerischer Beamter: Für die Genehmigung eines Windrades benötigten sie im Schnitt nur 7,8 Monate – während Projektplaner zum Beispiel in Hessen mit knapp 23 Monaten fast dreimal so lang, in Brandenburg sogar viermal so lang auf das „O.K.“ der Behörden warten mussten.

Es scheint, als wolle Landeswirtschaftsminister Hubert Aiwanger (Freie Wähler) die rote Laterne beim Windkraftausbau schnellstmöglich loswerden. Plötzlich gilt die Energiegewinnung aus bewegter Luft als unverzichtbar im eher windstillen Binnenland. Denn der [Photovoltaik-Boom](#), der nach Abschaltung von Atom- und Kohlekraftwerken in Bayern losbrach, hilft dem Land in dunklen Wintermonaten wenig, bringt inzwischen aber in Zeiten sommerlicher Überproduktion das Stromnetz gefährlich nah an seine Grenzen.

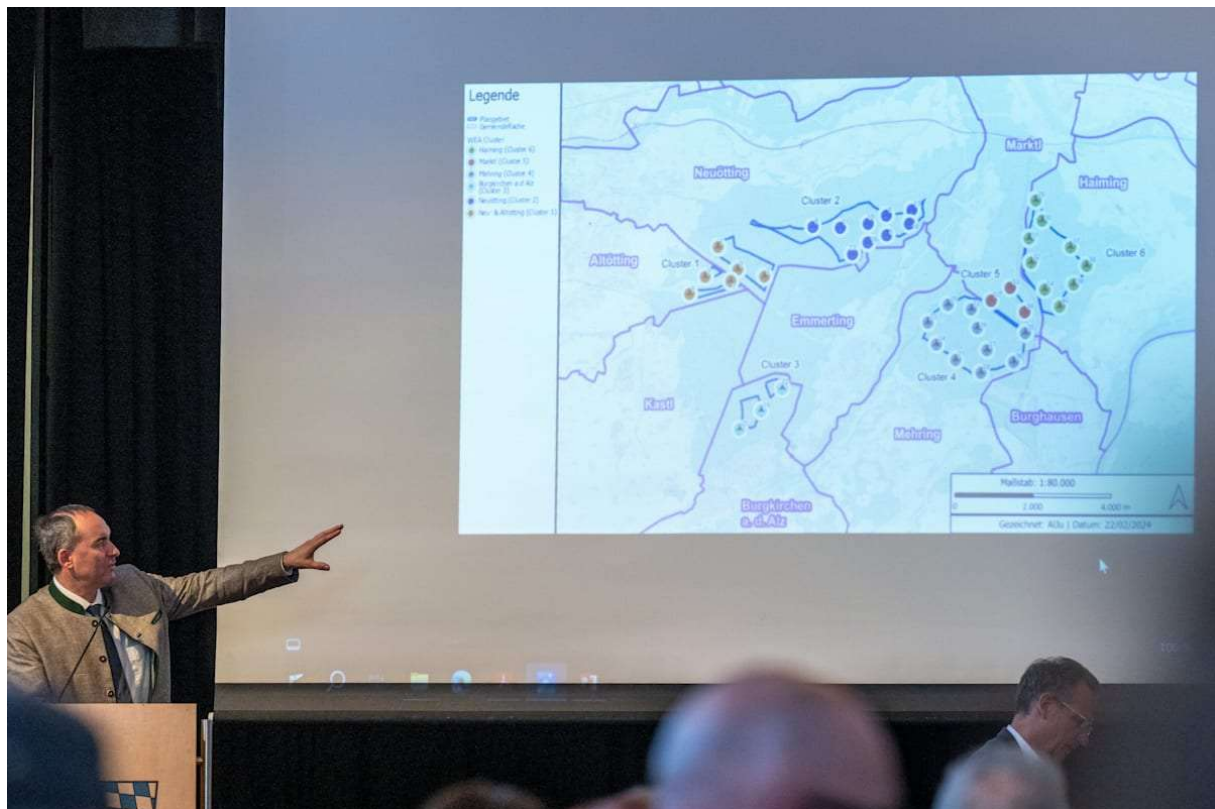
„Bayern braucht den Ausbau aller erneuerbaren Energien“, sagte Aiwanger deshalb im vergangenen Jahr, als die Einwohner von Marktl über den Windpark Altötting abstimmten: „Im Mix mit Photovoltaik, Speichern und grundlastfähiger Wasserkraft erhöhen Windräder die regionale Versorgungssicherheit mit Strom.“ Dies, so der bayerische Wirtschaftsminister, sei „auch ein wesentlicher Faktor für die Zukunft des energieintensiven Chemiedreiecks.“

Tatsächlich schließt sich gleich südöstlich des Altöttinger Windrad-Erwartungslandes, bei Burghausen, das sogenannte ChemDelta Bavaria an: ein Produktionsverbund von 25 Chemieunternehmen mit zusammen 20.000 Arbeitsplätzen. Rheinmetall produziert hier Artillerie-Munition, Wacker Chemie das hochreine Polysilicium für die Solarzellen der Energiewende.

Chemieunternehmen hoffen auf Windkraft

Die Unternehmen eint das Interesse an bezahlbarer, verlässlich fließender Elektrizität. Der Bau des bayerischen Windparks in der Nähe wird von ihnen grundsätzlich begrüßt: Das sei sicher „systemdienlich“, sagt ein Manager des Chemiedreiecks, der namentlich nicht zitiert werden will. Nur: Direkt kaufen wolle man den Strom aus dem größten Windparkprojekt Süddeutschlands aber nicht, sagt der Manager. Der Preis sei „nicht wettbewerbsfähig“.

Dass Grünstrom preislich nicht wettbewerbsfähig sein soll, widerspricht jedoch allen gängigen Narrativen der Energiewende. Mit sogenannten Power Purchase Agreements, kurz PPA, kaufen schließlich auch immer mehr Industriebetriebe über langjährige Verträge die Produktion ganzer Wind- oder Solarparks exklusiv für den Eigenbedarf auf.



Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger bei einer Infoveranstaltung zum geplanten Windpark Altötting im Februar 2024. Quelle: Armin Weigel/picture alliance/dpa

Doch ausgerechnet im energiebedürftigen Süden kam ein direkter Liefervertrag zwischen Chemiepark und dem benachbarten Riesen-Windpark bislang nicht zustande. Für den Abschluss von PPA sei es noch zu früh, es gebe aber Interesse, versichert der Projektplaner, die Firma Qair. Doch dass es noch zum Abschluss kommt, ist nicht sehr wahrscheinlich, denn der Windparkbetreiber kann durch eine Sonderregelung im Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) auch ohne jede Direktvermarktung vor Ort sehr hohe, staatlich garantierte Erlöse einstreichen.

Der Grund liegt im sogenannten Referenzertragsmodell, mit dem die Politik seit Jahren versucht, Windkraft-Investoren in windschwache Zonen zu locken. Im Jahr 2023, als der französische Projektierer Qair den Auftrag für den Windpark Altötting bekam, konnten die Betreiber 7,31 Cent pro Kilowattstunde EEG-Vergütung bekommen: Diesen durchschnittlichen „Zuschlagswert“ hatte die Bundesnetzagentur bei ihrer Versteigerung von Fördergeldern im November 2023 ermittelt.

Doch an einem schlechten Windrad-Standort mit einem „Gütefaktor“ von unter 50 Prozent dürfen die Betreiber dank des Paragraphen 36h EEG zusätzlich einen „Korrekturfaktor“ von 1,55 beanspruchen, um in der Beihilfen-Auktion überhaupt eine Chance gegen norddeutsche Standorte zu haben. Ergebnis: Statt 7,31 Cent streicht ein Schwachwind-Standort wie Altötting 11,33 Cent pro Kilowattstunde EEG-Vergütung ein, zahlbar aus dem Bundeshaushalt.

Erinnerungen werden wach: Die britische Regierung hatte dem Energiekonzern EDF 2016 für den Bau des Kernkraftwerks Hinkley Point C einen Fixpreis von 11 Cent pro Kilowattstunde Atomstrom über 35 Jahre zugesagt. Die Höhe der Subvention löste insbesondere unter deutschen Energiewende-Fans Hohn, Spott und Entsetzen aus: Der hohe Beihilfebedarf zeige, dass Atomkraft erledigt sei.

„Investitionen in Atomkraftwerke sind – auch global gesehen – nicht wirtschaftlich“, erklärte Claudia Kemfert vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) noch 2022 in einer Anhörung des Bundestags zum deutschen Atomausstieg: „Das zeigt sich beispielsweise in Großbritannien, wo für den Bau des Atomkraftwerks Hinkley Point C von der Regierung sehr hohe Einspeisevergütungen garantiert wurden – weit über den durchschnittlichen Strompreisen und den Einspeisevergütungen für Wind- und Solarenergie.“

Dass Windstrom aus süddeutschen Schwachwind-Gebieten teurer ist als der teuerste Atomstrom, erwähnte die selbsterklärte Energiewende-Protagonistin Kemfert nicht. Der Fakt ist in Deutschland auch weitgehend unbekannt, während im Ausland längst Klartext geredet wird.

Kernkraft benötigt weniger Subventionen

„Das britische Kernkraftwerk Hinkley Point sichert der britischen Regierung vertraglich Strom über zehn Rappen (elf Cent) pro Kilowattstunde zu“, sagte die Nuklear-Forscherin Annalisa Manera von der ETH Zürich vergangene Woche in einem Interview mit dem Schweizer „Tages-Anzeiger“. In der Schweiz erhielten Windparks, die noch mit kostendeckender Einspeisevergütung subventioniert werden, dagegen fünf Jahre lang 23 Rappen pro Kilowattstunde und danach noch 13 Rappen garantiert, so Manera: „Mit so hohen Subventionen wie für Windräder könnte man ein AKW fast gratis bauen.“

Nach ihrer Rechnung würde ein Kernkraftwerk, das so stark subventioniert wird wie die Windkraft in der Schweiz, in fünf Betriebsjahren bereits 15 Milliarden Euro einnehmen: „Das heißt, sämtliche Investitionen und Kapitalkosten wären in nur fünf Jahren wieder hereingeholt – es wäre eine Rekordamortisation.“

Das Verhältnis verschiebe sich noch weiter zum Nachteil der Windkraft, weil neue Kernkraftwerke für einen Betrieb von mindestens 60 Jahren ausgelegt sind und im Zweifel auch 80 Jahre halten, Windräder aber nur eine Lebensdauer von 25 Jahren haben „und dann wieder der gleiche Betrag investiert werden muss.“ Schließlich produzierten Kernkraftwerke noch verlässlich rund um die Uhr, während der Strom von Windturbinen „nur dann anfällt, wenn es gerade mal Wind hat“, stellt die Wissenschaftlerin fest: „Das bringt zusätzliche Kosten mit sich.“

Der Vergleich des Preises von bayerischem Windstrom und Atomstrom ist müßig, da der Atomausstieg hierzulande Gesetzeskraft hat. Der Preis für eine Kilowattstunde aus der

oberbayerischen Flauten-Region ist jedoch auch fast doppelt so hoch wie der Industriestrompreis, der zur Rettung des Wirtschaftsstandortes Deutschland gefordert wird.

Dass der Luxusstrom trotzdem produziert und bezahlt wird, ist auch auf die Abschaltung der für Bayern besonders wichtigen Kernkraftwerke und Kohlekraftwerke zurückzuführen. Weil es die Bundesregierung bislang nicht geschafft hat, Genehmigungen für Ersatz-Gaskraftwerke von der EU-Kommission zu bekommen, müssen zur Stabilisierung der Netze hier jetzt Windkraftanlagen her, koste es den Steuerzahler, was es wolle.

Der Vergleich des Preises von bayerischem Windstrom und Atomstrom ist müßig, da der Atomausstieg hierzulande Gesetzeskraft hat. Der Preis für eine Kilowattstunde aus der oberbayerischen Flauten-Region ist jedoch auch fast doppelt so hoch wie der Industriestrompreis, der zur Rettung des Wirtschaftsstandortes Deutschland gefordert wird.

Dass der Luxusstrom trotzdem produziert und bezahlt wird, ist auch auf die Abschaltung der für Bayern besonders wichtigen Kernkraftwerke und Kohlekraftwerke zurückzuführen. Weil es die Bundesregierung bislang nicht geschafft hat, Genehmigungen für Ersatz-Gaskraftwerke von der EU-Kommission zu bekommen, müssen zur Stabilisierung der Netze hier jetzt Windkraftanlagen her, koste es den Steuerzahler, was es wolle.

„Damit dürfte wohl klar sein, woher die immer wieder betonte wirtschaftliche Stromerzeugung durch moderne Schwachwindanlagen kommt“, kommentiert Willy Fritz von der Initiative „IG-Unser-Wald“, die den Windpark Altötting verhindern will: „Mangelnde Windhöffigkeit wird durch überzogene Subventionen ersetzt, was allerdings den kümmerlichen Ertrag nicht verbessert.“ Es dürfte, glaubt Fritz, „nur eine Frage der Zeit sein, bis die neue Wirtschaftsministerin Katherina Reiche diesen Unsinn erheblich reduziert.“



Protestschild auf einer Demo in Altötting gegen den geplanten WindparkQuelle: Linda Brotkorb/picture alliance / CHROMORANGE

Fritz könnte damit recht haben, jedenfalls wenn sich die Schwarz-Rote-Regierung im Bund diesmal an ihren Koalitionsvertrag hält: „Wir überprüfen das Referenzertragsmodell auf Kosteneffizienz unter anderem hinsichtlich unwirtschaftlicher Schwachwind-Standorte“, heißt es dort.

Reiche will offenbar liefern: „Die Energiewende wird nur erfolgreich sein, wenn wir den Ausbau der Erneuerbaren und die Kosteneffizienz konsequent zusammenzubringen“, sagte die CDU-Ministerin vergangene Woche der Nachrichtenagentur dpa. Die Energiewende müsse kosteneffizienter werden, „und das geht auch.“ Ende des Sommers will Reiche einen „Realitätscheck“ zur Energiewende vorlegen, aus dem sich dann konkrete Maßnahmen ergeben sollen – womöglich auch in Bezug auf teure Windkraft aus dem Süden.

Die Zeit drängt: Bislang wurde in Deutschland die überwiegende Zahl der Windräder an den ertragreichen Hochebenen und Küstenstandorten gebaut. Die Standorte hatten einen durchschnittlichen Gütefaktor von 74 Prozent, Windparks in Schleswig-Holstein erreichten sogar eine Standort-Qualität von 88 Prozent. Das ergab eine Analyse der „Fachagentur Wind und Solar“ vom Juni dieses Jahres.

In Bayern beträgt der durchschnittliche Gütefaktor der Windrad-Standorte nur 55 Prozent. Dort stehen bereits jetzt 76 Prozent aller Windräder auf „Schwachwind-Standorten“ – und haben damit Anspruch auf die höchsten „Korrekturfaktoren“, also Zusatzbeihilfen zur EEG-Vergütung. Die Zahl dieser besonders teuren Windkraftstandorte wächst zudem schnell, weil Energiepolitik und Bundesnetzagentur immer stärker drängen, neue Ökostrom-Kapazitäten künftig verstärkt im Süden zu platzieren, weil sie dort „netzdienlich“ seien.

Damit dürfte immer mehr Windstrom an wirtschaftlich schlechten Standorten produziert werden. Nach Angaben von Jürgen Quentin, Experte der auf Initiative des Bundes gegründeten Fachagentur, wird die durchschnittliche Qualität der Windkraft-Standorte in Deutschland schnell schlechter. „Im Genehmigungsjahr 2024 zeigte sich erstmals ein signifikanter Rückgang dieses Werts“, schreibt er in seiner Analyse: „In der Südregion trat die Absenkung bereits ab dem Genehmigungsjahr 2022 ein.“

Süddeutschlands größtes Windkraftprojekt Altötting dürfte daran seinen Anteil haben. Auf Anfrage von WELT AM SONNTAG bestätigte Projektplaner Qair: „Alle 27 Anlagen weisen einen Gütefaktor von unter 50 Prozent aus.“

Daniel Wetzels ist Wirtschaftsredakteur in Berlin. Er berichtet über Energiewirtschaft und Klimapolitik. Er wurde 2007 vom Verein Deutscher Ingenieure (VDI) mit dem Robert-Mayer-Preis ausgezeichnet und vom Energiewirtschaftlichen Institut an der Universität Köln 2009 mit dem Theodor-Wessels-Preis.